

VCI-ECKPUNKTE ZU „BUY EUROPEAN“

„Buy European“-Regeln mit Offenheit für Partner von EU-Handelsabkommen umsetzen

Hintergrund:

Nach ersten Aktivitäten gegen Ende der ersten von der Leyen-Kommission (Z.B. NZIA, ESPR) steht seit Beginn des aktuellen EU-Mandats (2024-29) eine nachfrageorientierte und selektive Industrie- und Transformationspolitik im Fokus. Vorgebliche Ziele sind die Stärkung der grünen Transformation (Clean Industrial Deal) oder die Reduktion strategischer Abhängigkeiten (diverse „Critical“-Acts). Ansatzpunkte sollen neben Leitmärkte und Schutz bzw. Förderung kritischer Produktion auch „Buy European“ bzw. „Made-In-Europe“-Klauseln sein. Mit dem „Industrial Accelerator Act“ (IAA) soll eine gebündelte Verrechtlichung gerade von „Buy European“-Regelungen, erfolgen. Bereits im Vorfeld des IAA fordert EU-Industriekommissar Séjourné u.a., verbindliche europäische Präferenzregeln für öffentlichen Ausschreibungen festlegen, und suchte Unterstützer in der Industrie.

Befürworter von „Buy European“-Regeln begründen ihre Haltung mit dem Schutz der europäischen Industrie vor unfairem Wettbewerb seitens der USA und China, mit einer gezielten Förderung grüner Produkte, sowie mit dem Wunsch nach mehr Resilienz und strategischer Unabhängigkeit.

Auf der anderen Seite bedeuten „Buy European“ Regeln Protektion und das Risiko von Vergeltung, Bürokratie, Aushebelung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Verteuerung für Unternehmen, Konsumenten oder den Staat. Die Forderung nach „Buy European“ wirft eine Reihe offener Fragen zu Konzeptionen, Umsetzung und wirtschaftlichen Wirkung auf. Fundamentale Gründe der schlechten Rahmenbedingungen (Bürokratie, unsichere und teurere Energieversorgung, fragmentierte Kapitalmärkte, fehlende Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen) werden nicht bekämpft. Verkompliziert wird die Diskussion zusätzlich, dass Herkunfts- (European) und Produkteigenschaften (low carbon, zirkulär) für Einzelmärkte beliebig kombiniert werden.

„Buy European“ würden durch internationale Regeln zumindest Grenzen gesetzt (WTO, GPA). Zugleich setzen gerade die Wirtschaftsmächte USA und China verstärkt auf Lokalisierung.

Innerhalb der Kommission stehen sich u.a. die für den IAA-federführende GD Grow und die GD Handel gegenüber, sodass die genaue Ausgestaltung des IAA noch umstritten ist. Im Ministerrat steht ein interventionistischer Block um u.a. Frankreich und z.T. Italien gegen die ablehnende Haltung kleinerer Länder (Nordische, Balten, Mitteleuropäer). Deutschland nimmt insgesamt uneinheitliche Position ein – kritischer Kanzler und BMW („Made with Europe“ statt „Made in Europe“), aber Unterstützung aus der SPD.

Eckpunkte einer VCI-Position

Insgesamt ist die Debatte weiterhin schwierig greifbar, diffus und methodologisch abstrakt. Als VCI treten wir massiven und steuernden Markteingriffen weiterhin skeptisch gegenüber, zugleich erfordern neue Resilienzherausforderungen eine gewisse Offenheit, von Dogmatismus abzuweichen. Daraus ergeben sich folgende Eckpunkte einer Position:

- ▶ Die Verbesserung der Rahmenbedingungen bleibt oberste Priorität – also besonders Senkung der Energiepreise, regulatorisches Moratorium und Innovationsschub. Die überbürokratische EU-Politik – im Zeichen der Nachhaltigkeit – darf nicht durch komplexe industriepolitische Markteingriffe ergänzt werden. Wettbewerbsfähigkeit des Standortes lässt sich nicht herbeiregulieren, Glaubwürdigkeit der Forderung nach Bürokratieabbau darf nicht durch eigene Bürokratieforderungen konterkariert werden.
- ▶ Protektive Schritte bleiben nicht ohne Gegenreaktion von Drittstaaten. Gute Beziehungen zu Partnern und Eskalationen mit Rivalen müssen Teil der Gesamtabwägung sein, tragfähige internationale Handelsbeziehungen sind für die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie eine hohe Priorität.
- ▶ „Buy European“-Regeln können zugleich gezielte Impulse für mehr Resilienz setzen. Sie sollte jedoch durch an klaren, begrenzenden Prinzipien ausgerichtet sein:
 - ▶▶ schrittweises Vorgehen („start small“, zunächst mit klar und eng definierten Produktkategorien);
 - ▶▶ klare Beschränkung allein auf Teile der öffentlichen Beschaffung sowie auf kritische Infrastrukturen und, wo nötig, ihre Wertschöpfungsketten;
 - ▶▶ keine Ausweitung auf private Märkte;
 - ▶▶ Vermeidung übermäßig komplizierter Methodiken (kein taxonomieähnliches Mikromanagement, Ursprungsregeln sind per se höchst bürokratisch und kontrollaufwändig);
 - ▶▶ Wahrung der internationalen Verpflichtungen der EU;
 - ▶▶ sowie eine offene Definition dessen, was als „europäisch“ gilt (z. B. unter Einbeziehung von Freihandelspartnern) – hier lehnt sich der VCI an den Ansatz der Bundesregierung „Made with Europe“ an.

Ansprechperson:**Dr. Matthias Blum**

Abteilungsleiter Außenwirtschaft
Bereich Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung
T +49 (69) 2556- 1415 | **E** mblum@vci.de

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt

www.vci.de | www.ihre-chemie.de | www.chemiehoch3.de
[LinkedIn](#) | [YouTube](#) | [Instagram](#)
[Datenschutzhinweis](#) | [Compliance-Leitfaden](#) | [Transparenz](#)

- › Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- › Der VCI ist unter der Registernummer R000476 im Lobbyregister, für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung, registriert.

Der VCI ist Europas größter Verband für Chemie und Pharma. Mit seinen 22 Fach- und 7 Landesverbänden repräsentiert er die Interessen von rund 2.000 Unternehmen – vom Global Player bis zum hoch spezialisierten Mittelständler. Mit 240 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2024 und mehr als 560.000 Beschäftigten in Deutschland zählt die Branche zu den stärksten Treibern für Innovation, Wohlstand und Zukunft. Für eine starke chemisch-pharmazeutische Industrie von heute und morgen ist der VCI in Deutschland, in Europa und weltweit aktiv.